

**Rede  
des Sprechers für Feuerwehren**

**Rüdiger Kauroff, MdL**

zu TOP Nr. 3b

Aktuelle Stunde

**Pandemie, Klimawandel und veränderte  
Bedrohungslagen: Jetzt die Weichen für einen  
modernen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in  
Niedersachsen stellen!**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/6435

während der Plenarsitzung vom 12.05.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

ich freue mich, Sie in diesen Tagen wohlauf im Niedersächsischen Landtag zu sehen. Die Corona-Pandemie hat das Leben aller Mitbürgerinnen und Mitbürger von heute auf morgen vor große Herausforderungen gestellt.

Ausdrücklicher Dank, das will ich hier vorwegstellen, gilt allen, die täglich das Virus an vorderster Front bekämpfen, unsere Versorgung und Sicherheit gewährleisten, und letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern, die die gesundheitsschützenden Maßnahmen der letzten Wochen mittragen. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg der Mitte und des Maßes fortsetzen und mit behutsamen Lockerungen zu einem neuen Alltag zurückkehren!

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die Institution des Katastrophenschutzes in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Wir müssen in den vergangenen Jahren klar feststellen, dass sich die Gefährdungslagen für unser Bundesland drastisch verändert haben. Der Moorbrand bei Meppen, ein gesteigertes Waldbrandrisiko, das dritte drohende Dürrejahr in Folge, Pandemien, oder terroristische Risiken stellen unseren Bevölkerungs- und Katastrophenschutz vor gewaltige Hürden. Hürden, die jedoch mit Weitsicht, Strategie und kühlem Kopf zu meistern sind

Der Titel unserer Aktuellen Stunde beinhaltet bewusst den Passus: „Jetzt die Weichen für einen modernen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen stellen!“. Hierbei darf keineswegs der Eindruck entstehen, dass der Katastrophenschutz in unserem Bundesland schlecht aufgestellt sei – ganz im Gegenteil. Doch die vergangenen Jahre haben uns gelehrt, dass die Welt sich in einer rasanten Geschwindigkeit verändert und wir stets getroffene Entscheidungen auf den Prüfstand stellen müssen. Gleichzeitig zeigt sich, dass Strukturen, die vor Jahren noch sinnvoll und effektiv erschienen, vor dem Kontext aktueller Veränderungen angepasst werden müssen

Um diesen neuen Herausforderungen gerecht zu werden, braucht es eine Reform des derzeitigen Katastrophenschutzes!

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und den Folgen auch für die kommunalen Haushalte braucht es zur Sicherstellung des Katastrophenschutzes in unseren Städten und Gemeinden ein Unterstützungsprogramm für unsere Hilfsorganisationen von mindestens 60 Millionen Euro. Alle erleiden, beispielsweise durch das Wegbrechen von Sanitätsdiensten bei Großveranstaltungen, erhebliche Einnahmeausfälle. Da muss das Land unterstützend eingreifen, denn die massiven Liquiditätsausfälle dürfen nicht dazu führen, dass die Bewältigung zukünftiger Katastrophenfälle vorübergehend auf Eis gelegt wird.

Zusätzlich bedarf es mit Blick auf eine stark gesteigerte Waldbrandgefahr und Moorbrände in unserem Bundesland eines Förderprogramms zur Stärkung unserer Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten, z. B. mit geländegängigen Feuerwehrfahrzeugen mit größerem Wassertank.

Eines ist in unseren Augen zwingend erforderlich: Es braucht zur besseren Vorsorge künftiger Katastrophenfälle die zeitnahe Einrichtung eines eigenen Niedersächsischen Landesamtes für Brand und Katastrophenschutz in Celle und Loy. Dieses ist mit ausreichenden Ressourcen zur Bewältigung künftiger Katastrophenfälle auszustatten. In einem ersten Schritt sind für die aktuellen Betriebskosten der COVID-19-Krisen- und Stabsorganisation 5 Millionen Euro und für die notwendige Ausrüstung von Sonder- und Hilfseinrichtungen im Katastrophenschutz 17 Millionen Euro bereitzustellen. Ziel muss es sein, dass das Landesamt für die Landkreise fachliche Unterstützung bei der Katastrophenbewältigung leistet und eine koordinierende Rolle bei Landes-, Bundes- oder EU-Einsätzen übernimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nachdem bereits das Kompetenzzentrum Großschadenslagen zur NABK verlegt worden ist, gilt es, diesen Standort weiter zu stärken und zur Schlagader des niedersächsischen Katastrophenschutzes auszubauen. Das Niedersächsische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz könnte nach unserer Vorstellung bereits zum Beginn des kommenden Jahres errichtet werden. Hier könnten auch zentrale Lagerkapazitäten und Logistikmöglichkeiten für medizinische Schutzkleidung angesiedelt sein, um im Bedarfsfall schnell handlungsfähig zu sein.

Wir stehen hier in guten Gesprächen mit unserem Koalitionspartner und hoffen, zeitnah hier Ergebnisse präsentieren zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der niedersächsische Katastrophenschutz und die zahlreichen Hilfsorganisationen nehmen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Corona-Pandemie wahr. Ob bei der Schaffung von Behelfskrankenhäusern oder der Logistikbündelung zur Beschaffung medizinischer Güter – ohne die Arbeit der vielen Frauen und Männer sähe die Situation in unserem Bundesland anders aus. Als Lehre der aktuell anhaltenden Krise müssen wir die Arbeit der zahlreichen Engagierten, die für unser Land im Kontext des Katastrophenschutzes eintreten, stärken.

Wir müssen aber auch darüber reden, dass wir den Katastrophenfällen besser präventiv begegnen können. Wir müssen die Debatte darüber führen, ob neue

Kategorien jenseits des „Katastrophenfalls“ geschaffen werden – z. B. eine Art „Katastrophenvoralarm“ oder Maßgaben für ein „außergewöhnliche Ereignis“.

Gleichzeitig, und das ist meiner Fraktion außerordentlich wichtig, müssen wir uns um eine Freistellung aller Helferinnen und Helfer kümmern. Wer sich um unser Land und den Schutz der Bevölkerung bemüht, darf keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen fürchten, sondern muss für ihr oder sein Engagement viel eher gefördert werden. Die Freistellung der Helferinnen und Helfer von der Arbeits- und Dienstleistungspflicht für die Teilnahme an der Bekämpfung einer Katastrophe oder einem Katastrophenvoralarm ist für die vollständige Dauer sicherzustellen.

Für Niedersachsen kann die Möglichkeit, dass das Innenministerium einen Katastrophenfall, einen Katastrophenvoralarm oder ein außergewöhnliches Ereignis „von landesweiter Tragweite“ zentral für das Land oder mehrere Bezirke feststellt, durchaus sinnvoll sein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Stärkung unseres niedersächsischen Katastrophenschutzes und freuen uns auf interessante Gespräche in den kommenden Wochen und Monaten – bleiben Sie gesund, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.